

Der bekannte US-Autor Norman Solomon nimmt die Russiagate-Klage der Demokraten auseinander.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 068/18 – 23.05.18

Warum hat das Democratic National Committee WikiLeaks und nicht die Wall Street verklagt?

Von Norman Solomon
truthdig, 24.04.18

(<https://www.truthdig.com/articles/why-the-dnc-is-fighting-wikileaks-and-not-wall-street/>)

Genau 200 Tage vor der wichtigen Zwischenwahl, in der sich entscheiden wird, ob die Republikaner die Kontrolle über den Kongress behalten, hat das Democratic National Committee / DNC (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Democratic_National_Committee) eine 66-seitige Klage [s. <https://assets.documentcloud.org/documents/4443383/The-DNC-s-law-suit-against-the-Russian-government.pdf>] eingereicht, deren Erstellung bestimmt viel Geld und Energie gekostet hat.

Geht es in dieser Klage um die Beseitigung rassistischer Barrieren, die so viele Wahlberechtigte dunklerer Hautfarbe von der Stimmabgabe ausschließen?

Nein.

Vielleicht sollen mit dieser spektakulären Klage ja die Rechte von Menschen gesichert werden, die nicht gut genug Englisch sprechen, um die Wahlunterlagen überhaupt verstehen zu können?

Leider auch nicht.

Oder befasst sich diese Klage mit dem Problem, dass in Wahlbezirken, in denen sich Colleges befinden, nicht genug Wahlkabinen aufgestellt werden?

Auch das nicht.

Die Zivilklage, die der DNC-Vorsitzende Tom Perez (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Tom_Perez) lautstark angekündigt hat, liest sich wie ein juristisch verbrämtes parteipolitisches Pamphlet und ist gegen die russische Regierung, gegen Trumps Wahlkampagne und daran beteiligte Mitarbeiter sowie gegen die Website WikiLeaks und deren Gründer Julian Assange gerichtet.

Es ist schwer vorstellbar, dass viele Wahlberechtigte in Stimmbezirken mit wechselnden Mehrheiten, in denen sich entscheiden wird, ob die Republikanische Partei ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus bis Ende 2020 behalten kann, mit den in der Klage enthaltenen "Russiagate"-Vorwürfen dazu gebracht werden können, die Demokratische Partei zu wählen. Die Menschen beschäftigen sich viel mehr mit der wirtschaftlichen Unsicherheit, in der sie und ihre Familien leben, weil sich diese Unsicherheit durch die sprunghaft ansteigenden Kosten für die Gesundheitsfürsorge und das College-Studium ständig erhöht.

Weil Perez bei der Ankündigung der Klage am 20. April betont hat, die Klage "aus patriotischen und nicht aus parteipolitischen Beweggründen" eingereicht zu haben, glaubte der republikanische Senator John McCain ihn noch übertrumpfen zu müssen: "Ein Angriff auf

ein Land ist eine Kriegshandlung. Deshalb muss sichergestellt werden, dass die Russen einen Preis dafür zu zahlen haben, damit sie künftig solche Angriffe auf die Fundamente unserer Demokratie unterlassen."

Lassen wir einmal die gefährliche Rhetorik von der "Kriegshandlung" beiseite, weil es sich dabei um eine völlig abwegige Unterstellung handelt. Russland wird auch "keinen Preis zahlen müssen", weil es mit einer Zivilklage vor dem U.S. District Court für den Südlichen Bezirk New Yorks nicht dazu gezwungen werden könnte. Der DNC weiß sehr wohl, dass ein Urteil gegen die Russische Föderation und den russischen Generalstab überhaupt keine Folgen hätte, weil es nicht durchzusetzen wäre.

Auch in der DNC-Klage geht es wieder nur um die fixe Idee der Demokraten, Russland die Schuld für ihre schwere Wahlschlappe im Jahr 2016 in die Schuhe zu schieben zu können, obwohl es doch gerade jetzt (vor den anstehenden Zwischenwahlen) dringend erforderlich wäre, endlich die Hauptursachen für die krachende Niederlage Hillary Clintons zu erkennen. Anstatt die Nähe ihrer Kandidatin Clinton zur Wall Street und zur ökonomischen Elite dafür verantwortlich zu machen, dass die Demokraten von Wählern aus der arbeitenden Bevölkerung kaum Stimmen bekommen hat, bleibt ihre Parteiführung auf Russland, Russland und noch einmal Russland fixiert.

Weil sich die "Strategen" an der Spitze der Demokratischen Partei auf die These festgelegt haben, Wladimir Putin habe dem republikanischen Kandidaten Trump mit unlauteren Mitteln zum Wahlsieg verholfen und damit der Demokratie in den USA schweren Schaden zugefügt, wollen nicht mehr davon abrücken. Wenn sie daran festhalten, machen sie einen Abbau der Spannungen zwischen den beiden atomaren Supermächten unmöglich und stellen ihre Parteiinteressen über eine Verbesserung der derzeit sehr schlechten Beziehungen zwischen Washington und Moskau.

Weil die Demokratische Partei auf die "Russiagate"-Vorwürfe fixiert ist, kümmert sie sich kaum noch um die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die der übergroßen Mehrheit der US-Bürger auf den Nägeln brennen. Wegen seiner Russen-Obsession hat auch der TV-Sender *Microsoft/National Broadcasting Company / MSNBC* (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/MSNBC>), der eigentlich "MSDNC" (*Microsoft/ Democratic National Committee*) heißen müsste, kaum noch Sendezeit für die eigentlichen Probleme der US-Bürger übrig; das belegen zum Beispiel die Fakten, die in der FAIR-Studie "Russia or Corporate Tax Cuts: Which Would Comcast Rather MSNBC Cover?" [Russland oder die Senkung der Körperschaftssteuer: Welches Thema ziehen *Comcast* (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Comcast>) und *MSNBC* in ihrer Berichterstattung vor? s. <https://fair.org/home/russia-or-corporate-tax-cuts-which-would-comcast-rather-msnbc-cover/>] zusammengetragen wurden.

Dabei haben sogar einige der dem Kongress angehörenden prominenten Demokraten, die Befürworter der "Russiagate"-Kampagne waren, erkannt, dass die Klage keinen Erfolg haben wird. Als Wolf Blitzer von *CNN* die demokratische Abgeordnete Jackie Speier (https://de.wikipedia.org/wiki/Jackie_Speier) aus Kalifornien, die dem Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses angehört, fragte [s. <https://edition.cnn.com/videos/politics/2018/04/20/jackie-speier-dnc-lawsuit-tsr-sot.cnn>], ob sie glaube, dass Perez und sein DNC-Team "einen großen Fehler gemacht haben, als sie die Klage einreichten", antwortete sie barsch: "Ich war nicht dafür, und wir werden bald wissen, ob es ein Fehler war" (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP05118_250418.pdf). Außerdem hielt sie die Klage für "schlecht konzipiert".

Der schändlichste Teil der Klage ist gegen Assange und WikiLeaks gerichtet. Dieser As-

pekt der Klage zeigt, dass die DNC-Führung ironischerweise genau so wenig von der Pressefreiheit hält wie Donald Trump.

Zu Beginn seiner Präsidentschaft hat Trump öffentlich verkündet, die Nachrichtenmedien seien "der Feind der US-Amerikaner" [s. <https://www.nytimes.com/2017/02/17/business/trump-calls-the-news-media-the-enemy-of-the-people.html>]. Natürlich meinte er nicht alle Medien, sondern nur diejenigen, die Informationen und Analysen verbreiten, die ihm nicht gefallen.

Was Perez und sein DNC-Team jetzt mit ihrer Klage durchsetzen wollen, ist genau so verwerflich, nur besser getarnt. Die in der Klage erhobenen Vorwürfe gegen WikiLeaks verstoßen gegen den 1. Zusatzartikel zur US-Verfassung (der die Pressefreiheit garantiert) und könnten gegen alle größeren US-Zeitungen vorgebracht werden. Auch die veröffentlichten regelmäßig nicht autorisierte Informationen, die andere geleakt, gehackt oder gestohlen haben.

Nicht nur die US-Regierung geht strafrechtlich äußerst selektiv [s. <http://america.aljazeera.com/opinions/2015/1/leaks-cia-jeffreysterlingjamesrisen.html>] gegen "Leaker" vor, auch das DNC hat WikiLeaks nur verklagt, weil man als mächtige Partei hofft, die lästige Plattform mit einer hohen Geldstrafe lahmlegen zu können.

Solange der 1. Zusatzartikel nicht außer Kraft gesetzt ist, schützt er nicht nur Medien, die sich nach Ansicht mächtiger Leute konform verhalten. Deshalb konnte die Nixon-Regierung die *New York Times* und die *Washington Post* 1971 auch nicht daran hindern, die Pentagon-Papiere (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Pentagon-Papiere>) zu veröffentlichen.

Nach der perversen "Logik" der DNC-Klage gegen WikiLeaks könnte jede gutbetuchte Gruppierung jedes Medium mundtot machen, das ihr mit "gestohlenen" Informationen Schwierigkeiten gemacht hat.

Auch die guten Beziehungen der Führung der Demokratischen Partei zu Konzernen [s. <https://democraticautopsy.org/corporate-power-and-the-party/>] könnten eine Erklärung für ihr gegenwärtiges Verhalten liefern. Es wäre für die Demokraten sehr schwierig, sich mit den tatsächlichen Problemen der meisten US-Bürger zu befassen, weil sie sich dann mit der Wall Street anlegen müssten, die ein wichtiger Geldgeber für beide Parteien ist.

Wenn die Demokratische Partei für ein entspannteres Verhältnis zwischen den USA und Russland einträte, könnte sie zwar das Risiko einer atomaren Konfrontation mit Russland verringern, würde dann aber den Zorn der Konzerne des militärisch-industriellen Komplexes und der Medien auf sich ziehen, die diesen Konzernen gehören oder von deren Anzeigen abhängig sind.

Es ist natürlich viel risikoloser, politische Spielchen mit einer sinnlosen Zivilklage gegen Russland zu treiben. Und es ist auch viel günstiger, Julian Assange und WikiLeaks zu verklagen, selbst wenn das überhaupt nicht mit dem 1. Zusatzartikel vereinbar ist [s. <https://theintercept.com/2018/04/20/the-dncs-lawsuit-against-wikileaks-poses-a-serious-threat-to-press-freedom/>].

Die unüberhörbare und klare Botschaft, die von dem Wahldebakel im Jahr 2016 für die Demokraten ausgeht, lautet: Wer es nicht wagt, sich mit den Konzernen – den Ausbeutern der Arbeiterklasse – anzulegen, begeht politischen Selbstmord. "Der Vorstellung der Demokraten, Ausbeutung finde ohne Ausbeuter statt, mangelt es nicht nur an Glaubwürdigkeit, sondern auch an Mut," steht in einer unabhängigen Untersuchung mit dem Titel "Au-

topsy: The Democratic Party in Crisis" [Leichenschau: Die Demokratische Partei in der Krise, aufzurufen unter <https://democraticautopsy.org/wp-content/uploads/Autopsy-The-Democratic-Party-In-Crisis.pdf>]. Auch sechs Monate nach der Veröffentlichung dieser Untersuchung, an der ich mitgearbeitet habe, ist das DNC noch nicht dazu bereit, seine Kungelei mit den Konzernen zu überdenken, und macht weiterhin Russland und WikiLeaks für das Wahldesaster von 2016 verantwortlich.

Deshalb ist die folgende Einschätzung aus der "Leichenschau" immer noch relevant: "Die Idee, die Demokraten könnten die Wall Street durch sanften Druck dazu bringen, mehr Rücksicht auf die arbeitende Bevölkerung zu nehmen und bräuchten deshalb nicht mehr selbst deren Interessen gegen die Reichen durchzusetzen, zieht nicht mehr. Wir leben in einer Zeit der Unruhe und des gerechtfertigten Zorns gegen die Herrschenden. Die Demokraten können nichts gewinnen, wenn sie ihren populistischen Schattenkampf fortsetzen. Und die führenden Demokraten können sich nicht länger als treue Verbündete der Arbeiterklasse aufspielen, wenn sie nicht aufhören, sich von reichen Geldgebern sponsern zu lassen und nach lukrativen Beraterjobs zu schielen."

Würde sich die Demokratische Partei mit der Wall Street anlegen, würde sie sicher viele große Spender verlieren. Auch die Chancen höherer Parteifunktionäre, später als Berater in gut betuchten Unternehmen sehr viel Geld verdienen zu können, würden dahinschwinden. Wegen der Aussicht, von Konzernen großzügig belohnt zu werden, haben die DNC-Funktionäre keinerlei Skrupel, mit ihrer Klage auch WikiLeaks anzugreifen und damit die Pressefreiheit zu untergraben.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Infos über ihn sind nachzulesen unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Solomon_\(Journalist\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Solomon_(Journalist)) . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Why the DNC Is Fighting WikiLeaks and Not Wall Street

Norman Solomon

Apr 24, 2018

Exactly 200 days before the crucial midterm election that will determine whether Republicans maintain control of Congress, the Democratic National Committee filed a 66-page lawsuit that surely cost lots of money and energy to assemble.

Does the lawsuit target purveyors of racist barriers to voting that block and deflect so many people of color from casting their ballots?

No.

Well, perhaps this ballyhooed lawsuit aims to ensure the rights of people who don't mainly speak English to get full access to voting information?

Unfortunately, no.

Maybe it's a legal action to challenge the ridiculously sparse voting booths provided in college precincts?

Not that either.

Announced with a flourish by DNC Chair Tom Perez, the civil lawsuit—which reads like a partisan polemic wrapped in legalisms—sues the Russian government, the Trump campaign and operatives, as well as WikiLeaks and its founding editor, Julian Assange.

It's hard to imagine that many voters in swing districts—who'll determine whether the GOP runs the House through the end of 2020—will be swayed by the Russia-related accusations contained in the lawsuit. People are far more concerned about economic insecurity for themselves and their families, underscored by such matters as the skyrocketing costs of health care and college education.

To emphasize that “this is a patriotic—not partisan—move,” Perez's announcement of the lawsuit on April 20 quoted one politician, Republican Sen. John McCain, reaching for the hyperbolic sky: “When you attack a country, it's an act of war. And so we have to make sure that there is a price to pay, so that we can perhaps persuade the Russians to stop these kind of attacks on our very fundamentals of democracy.”

Setting aside the dangerous rhetoric about “an act of war,” it's an odd quotation to choose. For Russia, there's no “price to pay” from a civil lawsuit filed in the U.S. District Court for the Southern District of New York. As the DNC well knows, any judgment against such entities as the Russian Federation and the general staff of its armed forces would be unenforceable.

The DNC's lawsuit amounts to doubling down on its fixation of blaming Russia for the Democratic Party's monumental 2016 loss, at a time when it's essential to remedy the failed approaches that were major causes of Hillary Clinton's defeat in the first place. Instead of confronting its fealty to Wall Street or overall failure to side with working-class voters against economic elites, the Democratic National Committee is ramping up the party leadership's 18-month fixation on Russia Russia Russia.

After a humongous political investment in depicting Vladimir Putin as a pivotal Trump patron and a mortal threat to American democracy, strategists atop the Democratic Party don't want to let up on seeking a big return from that investment. Protecting the investment will continue to mean opposing the “threat” of détente between the world's two nuclear superpowers, while giving the party a political stake in thwarting any warming of the current ominously frigid relations between Moscow and Washington.

In truth, the party's Russia fixation leaves significantly less messaging space for economic and social issues that the vast majority of Americans care about far more. Similarly, the Russia obsession at MSNBC (which routinely seems like “MSDNC”) has left scant airtime for addressing, or even noting, the economic concerns of so many Americans. (For instance, see the data in FAIR's study, “Russia or Corporate Tax Cuts: Which Would Comcast Rather MSNBC Cover?”)

But even some of the congressional Democrats who've been prominent “Russiagate” enthusiasts have recognized that the lawsuit is off track. When Wolf Blitzer on CNN asked a member of the House Intelligence Committee, Jackie Speier, whether she believes that Perez and his DNC team “are making a big mistake by filing this lawsuit,” the California congresswoman's reply was blunt: “Well, I'm not supportive of it. Whether it's a mistake or not we'll soon find out.” Speier called the lawsuit “ill-conceived.”

The most unprincipled part of the lawsuit has to do with its targeting of Assange and WikiLeaks. That aspect of the suit shows that the DNC is being run by people whose attitude toward a free press—ironically enough—has marked similarities to Donald Trump’s.

Early in his presidency, Trump proclaimed that news media are “the enemy of the American people.” Of course, he didn’t mean all media, just the outlets providing information and analysis he doesn’t like.

What Perez and the DNC crew are now promoting via the lawsuit is also harmful, though more camouflaged. The lawsuit’s key arguments against WikiLeaks are contrary to the First Amendment, and they could be made against major U.S. newspapers. Unauthorized disclosures are common, with news outlets routinely reporting on information obtained from leaks, hacks and various forms of theft.

Just as the government’s criminal prosecutions for leaks are extremely selective, the DNC position is that a media outlet that’s despised by a powerful party could be sued for potentially huge sums.

But—unless it’s functionally shredded—the First Amendment doesn’t only protect media outlets that powerful interests believe are behaving acceptably. That’s why the Nixon administration was unable to prevent The New York Times and Washington Post from publishing the Pentagon Papers in 1971.

Now, the DNC lawsuit’s perverse “logic” for suing WikiLeaks could just as easily be applied by any deep-pocketed group that wants to strike back at a publisher for revealing “stolen” information that harmed the aggrieved party.

In view of the national Democratic Party’s deference to corporate power, we might see why the DNC is taking the current approach. It would be a much steeper uphill challenge to actually champion the interests of most Americans—which would require taking on Wall Street, a key patron of both major political parties.

Nor would it be easy for the Democratic Party to advocate for U.S.-Russia détente that could reduce the risks of nuclear conflagration. Such advocacy would enrage the kingpins of the military-industrial cartel complex as well as most of the corporate-owned and corporate-advertised news media.

How much easier it is to make some political hay by targeting Russia with a civil lawsuit. How much more convenient it is to show utter contempt for the First Amendment by suing Julian Assange and WikiLeaks.

A loud and clear message from the Democrats’ 2016 election debacle is that hoping for working-class votes while refusing to do battle against corporate exploiters of the working class is a political dead end. “The mainstream Democratic storyline of victims without victimizers lacks both plausibility and passion,” says an independent report, “Autopsy: The Democratic Party in Crisis.” Six months after the release of that report (which I co-authored), the DNC still is unwilling to polarize with elite corporate interests, while remaining extra eager to portray Russia and WikiLeaks as liable for the 2016 disaster.

So, unfortunately, this assessment in the “Autopsy” remains all too relevant: “The idea that the Democrats can somehow convince Wall Street to work on behalf of Main Street through mild chiding, rather than acting as Main Street’s champion against the wealthy, no longer resonates. We live in a time of unrest and justified cynicism towards those in power; Democrats will not win if they continue to bring a work knife to a populist gunfight. Nor can

Democratic leaders and operatives be seen as real allies of the working class if they're afraid to alienate big funders or to harm future job or consulting prospects."

Willingness to challenge Wall Street would certainly alienate some of the Democratic Party's big donors. And such moves would likely curb the future earning power of high-ranking party officials, who can now look forward to upward spikes in incomes from consultant deals and cushy positions at well-heeled firms. With eyes on the prizes from corporate largesse, DNC officials don't see downsides to whacking at WikiLeaks and undermining press freedom in the process.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern